

19.03.2001, HA ,Politik

Tagung in Tutzing: Erste Umriss der künftigen Einwanderungs-Regelung zeichnen sich ab

Die Sprache als der Schlüssel zur Integration

Aussiedlerbeauftragter Welt: Tests sollen schon im Herkunftsland für alle verpflichtend werden

VON ALEXANDER JUNGKUNZ

Derzeit tüfteln etliche Kommissionen an den Eckdaten einer künftigen Einwanderungsregelung. Deren Umriss werden immer deutlicher erkennbar — und ein Schwerpunkt liegt auf der Integration der Zuwanderer, die lange vernachlässigt wurde. Das zeichnete sich am Wochenende auf einer Tagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing ab.

TUTZING — Klaus J. Bade kann immer noch ein ungläubiges Staunen nicht unterdrücken, wenn er die neuen Positionen führender Politiker zum Thema Zuwanderung vernimmt. Der aus Nürnberg stammende Osnabrücker Historiker gehört dem "Rat für Migration" an — und stellt erfreut fest, dass die lange ignorierten Empfehlungen dieses Gremiums nun endlich gehört werden. "Sie greifen das auf, was wir vorgeschlagen haben", sagt Bade in Tutzing nach dem Vortrag von Joachim Welt. Der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung macht ebenso wie danach Rita Süßmuth, die Vorsitzende der Zuwanderungskommission der Regierung, vor allem eines klar: Der Schlüssel für die Integration liegt im Erwerb der deutschen Sprache.

Die Regierung will deshalb ab dem Jahr 2002 auch bei den Aussiedlern nach jenem Prinzip verfahren, das nun bei der Arbeitslosen-Integration angewendet werden soll: "Wir wollen fördern, aber auch fordern", sagt Welt. Fördern — das heißt, dass künftig nicht nur die Aussiedler, deren Anträge bewilligt wurden, den Anspruch auf einen umfassenden Sprachkurs in Deutschland haben, sondern auch die zusammen mit ihnen einreisenden Angehörigen. Denn gerade bei dieser Gruppe wachsen die Integrationsprobleme: Kam Anfang der 90er Jahre auf drei anspruchsberechtigte Aussiedler noch ein Angehöriger, so hat sich die Relation nun umgedreht — nur 25 Prozent sind Deutschstämmige, 75 Prozent aber reisen als Angehörige mit ein.

Bisher müssen nur die deutschstämmigen Aussiedler in ihren Herkunftsländern — vor allem Russland und Kasachstan — einen Deutsch-Sprachtest absolvieren, die Angehörigen nicht. Das will die Regierung ändern: Ab 2002 soll allen Einreisenden diese Prüfung abverlangt werden. Welt sagt ganz offen, dass er sich davon auch einen Rückgang der Zugangszahlen erwartet. Die gehen ohnehin zurück: Im vergangenen Jahr kamen erstmals seit langem unter 100 000 Aussiedler. Der Kreis der noch Anspruchsberechtigten — ohne Angehörige — liegt bei rund 900 000. Welt glaubt: "Da ist allmählich ein Ende absehbar."

Auch deshalb hält der SPD-Politiker nichts von Forderungen aus seiner Partei, Aussiedlern den Zugang zu erschweren. Welt nennt vier Säulen der Integration: Die erste und wichtigste ist die Sprachförderung. "Die jungen Leute, die etwa aus Sibirien hierher kommen, sind im doppelten Sinne sprachlos", sagt er. Sechs Monate Kurse, die um weitere 300 Deutschstunden aufgestockt werden können, sollen daher verpflichtend werden. Säule zwei: soziale Begleitung und Beratung, Säule drei: berufliche Eingliederung, Säule vier: gesellschaftliche Integration.

"Integrationslotsen"

Erprobt werden derzeit in zwei Modellversuchen in Korbach und in Wolfen-Bitterfeld Projekte, die in den Niederlanden und Frankreich erfolgreich laufen: "Integrationslotsen", also kompetente Berater, sollen Zuwanderern helfen beim Erwerb eines "Integrationsvertrags", der Sprachkompetenz und Grundwissen über Landeskunde zur Voraussetzung hat. Die Vorsitzende der Zuwanderungskommission der Bundesregierung, Rita Süßmuth, zielt in eine ganz ähnliche Richtung: "Wer auf Dauer hier leben möchte, muss auch Deutsch lernen, und da dürfen wir nicht von jeder Verpflichtung absehen", sagt sie.

Ob es noch vor der Wahl zu einem Einwanderungsgesetz kommt, das ist noch offen. Süßmuth sagt, dass ihre Kommission nur Vorschläge machen kann — ob und wann diese umgesetzt werden, ist Sache des Gesetzgebers.